

Bürgerinitiative Rotenburg a.d.Fulda
Straßenbeitragsfreies Hessen



Sprecher:

Hans Wagner

Schillerstraße 11

36199 Rotenburg a.d.Fulda

Telefon: 06623/3395

Mobil: 0173/2745814

mailto: biha.wagner@t-online.de

Stellvertr. Sprecher: Klaus Esche

Stellvertr. Sprecher: Lothar Conrad

Magistrat der Stadt Rotenburg a.d.Fulda
Marktplatz
36199 Rotenburg a.d.Fulda

36199 Rotenburg a.d.Fulda, 14.07. 2018

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Barbara Glaser

nachrichtlich (Verteiler Postfächer Rathaus)

- a) den Herren Fraktionsvorsitzenden
 - der CDU Jonas Rudolph
 - der SPD Sebastian Münscher
 - der UBR Hartmut Grünwald
- b) Ortsbeirat Lisperhausen
 - z.Hd. Herrn Ortsvorsteher Peter Müller

**Grundsanieung der Schillerstraße in Lisperhausen, Grünbergstraße und Straße
Am Oberen Höberück in der Kernstadt
hier: Straßenanliegerbeiträge**

Sehr geehrte Damen und Herren,

den Anliegern ist bisher nicht bekannt, ob die Grundsanieung der Schillerstraße, Grünbergstraße und Am Oberen Höberück nunmehr im Jahre **2019** durchgeführt werden wird.

Die Koalition in Wiesbaden hat zusammen mit den Stimmen der FDP ein 5-Punkte-Paket beschlossen. Dies hat zur Folge, dass die Kommunen nunmehr selbst entscheiden können, mit welchen Mitteln die Straßen saniert werden sollen.

Die Stadt Bebra z.B. hat sich immer wieder mit diesem Thema befasst und darauf reagiert und insgesamt bereits 2 neue Beschlüsse verabschiedet, nämlich die Einführung von wiederkehrenden Beiträgen im vergangenen Jahr und jetzt die Abschaffung der Straßenanliegerbeiträge, obwohl keine Bürgerinitiative in Bebra gegründet wurde bzw. tätig war. Weitere Kommunen haben bereits die Straßenausbaubeiträge abgeschafft bzw. werden sie abschaffen. Inzwischen haben sich bisher hessenweit über **50 Bürgerinitiativen** gegründet.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Michael Boddenberg, erklärt in seinem

Schreiben an unsere Bürgerinitiative vom 18.06. 2018 u.a.:

Zu der Entscheidungsfreiheit der Kommunen gehört auch die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, mit welchen Mitteln die Straßen saniert werden sollen. Beispielsweise Finanzierung der Sanierung über die Grundsteuer, wiederkehrende Beiträge oder KFA-Mittel (Kommunaler Finanzausgleich). Dies gilt auch für Kommunen mit nicht ausgeglichenem Haushalt.

Zu einer echten Entscheidungsfreiheit gehören auch Wahlmöglichkeiten.

Wiederkehrende Straßenbeiträge sind eine gute Alternative, denn hier können die Kosten auf mehreren Schultern, über einen längeren Zeitraum und mit niedrigen Beiträgen verteilt werden. Das vermeidet hohe Einmalzahlungen. Die Anhörung hat auch gezeigt, dass die Umstellung für die Kommunen Verwaltungsaufwand und Kosten verursacht. Deshalb wollen wir hier nachhelfen und die Umstellung durch mehrere Punkte vereinfachen. Kommunen, die wiederkehrende Straßenbeiträge erheben wollen, greifen wir finanziell unter die Arme - wir fördern die Umstellung von einmaligen auf wiederkehrende Beiträge mit mindestens 20.000,00 € pro Abrechnungsgebiet. Außerdem streichen wir die Voraussetzung, dass die Abrechnungsgebiete für die wiederkehrenden Straßenbeiträge durch einen „funktionalen Zusammenhang“ verbunden sein müssen. Das vereinfacht die Einführung wiederkehrender Straßenbeiträge zusätzlich.

In Rotenburg könnten **10 Abrechnungsgebiete** eingerichtet werden (2 x Kernstadt und 8 Stadtteile). Dafür stellt das Land Hessen pro Abrechnungsgebiet einen Betrag von mindestens **20.000,00 €** zur Verfügung. Die Stadt würde für eine Umstellung auf wiederkehrende Beiträge einen Betrag von **mindestens 200.000,00 €** aus Wiesbaden erhalten.

Wenn man aber trotzdem die Mehrkosten und Mehrarbeit scheut, besteht ja auch die Möglichkeit, die Grundsteuern zu erhöhen und die Mehreinnahmen zweckgebunden für die Straßensanierung zu nutzen. Darauf weist ja auch die CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich hin. Dabei sei nur nebenbei erwähnt, dass Rotenburg a.d.Fulda weit und breit die höchsten Grundsteuern bereits erhebt.

In diesem Zusammenhang soll auch die Interkommunale Zusammenarbeit Bebra-Rotenburg-Alheim - ZuBRA - angesprochen werden. Drei Kommunen = 1 Ziel. Zukunft gestalten. Das würden wir auch u.a. unter Zukunftsgestaltung verstehen, wenn alle 3 Kommunen zu einer einheitlichen Entscheidung hinsichtlich der Erhebung von Straßenausbaukosten kommen würden.

Wollen die Stadtverordneten in Rotenburg a.d.Fulda wirklich, dass sich künftig Neubürger nicht für unsere Stadt entscheiden, da sie hier Straßenanliegerbeiträge zahlen müssen, sondern sich z.B. nach Bebra orientieren, weil dort nämlich keine Straßenanliegerbeiträge erhoben werden. Gerade für junge Familien mit ihren beschränkten finanziellen Mitteln dürfte das von erheblichem Interesse sein und auch für die Standortplanung eine wichtige Rolle spielen.

Die Koalition zusammen mit der FDP in Wiesbaden hat mit allen Mitteln einen Gesetzesentwurf der SPD zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen verhindert. Dabei ist scheinbar jedes Mittel recht. Ansonsten ist es nicht zu verstehen, dass bereits nach der ersten Lesung im Landtag dieser Gesetzesentwurf abgelehnt und damit auch das vorgesehene parlamentarische Verfahren verweigert wurde. Dieses Verfahren widerspricht allen parlamentarischen Gepflogenheiten und beschneidet gewollt die Rechte der Opposition. Bisher ein einmaliger parlamentarischer Vorfall. Vielleicht sollte die hessische FDP mal auf ihre Spitzenpolitiker Kubicki und Brüderle hören. Beide FDP-Politiker treten ebenfalls für eine sofortige Abschaffung der Straßenanliegerbeiträge ein.

Die Rotenburger Stadtverordneten haben im vergangenen Jahr einstimmig beschlossen, die einmaligen Beiträge beizubehalten. Seit dieser Zeit ist einiges im Land Hessen in Bewegung gekommen. Viele Kommunen haben reagiert. In Rotenburg erhält man von der CDU die schriftliche Antwort, dass sich die CDU Rotenburg nicht dafür einsetzt, wiederkehrende Beiträge einzuführen (Fraktionsvorsitzender Jonas Rudolph). Man ist auch nicht bereit, nach Alternativen zu suchen. Wir hätten uns gewünscht, dass sich die Verantwortlichen unserer Stadt nochmals mit diesem Thema befasst hätten.

Mehrere Umfragen in Hessen haben ergeben, dass 85 % der Bürger für eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sind. In Rotenburg haben sich auch schon mehr als **1.500 Bürger** an der Unterschriftenpetition beteiligt.

Selbst der ADAC fordert die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, Diese Kosten seien bereits durch Abgaben und Steuern der Nutzer (z.B. Mineralölsteuer, Kfz.Steuer) vollständig gedeckt.

Weiter ist es natürlich von hohem Interesse, welche weiteren Straßen in Rotenburg in den nächsten Jahren saniert werden sollen.

Bisher blieben auch entsprechende Nachfragen betr. die Klassifizierung der 3 Straßen und auch das Ergebnis der inzwischen überprüften Kanalhausanschlüsse sowie geplante Tiefbaumaßnahmen von der Stadt Rotenburg unbeantwortet. Wir fordern daher die Stadt Rotenburg auf, die betroffenen Bürger umfangreich zu informieren.

Die Bürgerinitiative Rotenburg a.d.Fulda – Straßenbeitragsfreies Hessen – tritt weiter dafür ein, dass die §§ 11, 11a des KAG aufgehoben und die Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden. Gleichzeitig sollte das Land Hessen den Kommunen die fehlenden Haushaltsmittel zur Verfügung stellen. Nach unserer Information würden pro Jahr ca. 38 Millionen Euro aufzuwenden sein. Das wären ca. 0,15 % des Landeshaushalts. Für das reiche Land Hessen sollte diese Finanzierung ohne weiteres möglich sein.

Da wir davon ausgehen, dass derzeit die Landesregierung bzw. Mehrheit im hessischen Landtag keine Änderung diesbezüglich herbeiführen wird,

bitten wir hiermit die Stadtverordneten von Rotenburg a.d.Fulda, das Thema Straßenausbaubeiträge nochmals eingehend zu beraten und

- 1) **die Straßenanliegerbeiträge umgehend abzuschaffen und die fehlenden Haushaltsmittel durch eine angemessene Erhöhung der Grundsteuern auszugleichen.**
- 2) **alternativ wiederkehrende Beiträge einzuführen unter Ausnutzung der Zuschüsse aus Wiesbaden von mindestens 200.000,00 €.**

Ein Mitspracherecht der betroffenen Anlieger muss auf jeden Fall eingeräumt werden. Wenn die Stadt Rotenburg glaubt, mit Blick auf die Finanzierung nicht auf den Beitrag der Anlieger verzichten zu können, sollte dann wenigstens die Entscheidung über das „Wie“ im Rahmen eines Bürgerentscheids zur Einführung von wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen in die Hände der Betroffenen, ihrer Bürger, gelegt werden.

- 3) **die wahrscheinlich für 2019 vorgesehene Grundsaniierung der Schillerstraße, Grünbergstraße und Am Oberen Höberück auszusetzen bzw. auf unbestimmte Zeit zu verschieben.**

Die Anlieger der 3 betroffenen Straßen sind einmütig der Ansicht, dass derzeit keine

Grundsanierung erforderlich ist und der Zustand der 3 Straßen den Anliegern genügt. Die Anlieger der betroffenen Straßen lehnen unter den derzeitigen Voraussetzungen eine Grundsanierung ihrer Straßen ab. Es gibt sicherlich in Rotenburg schlechtere Straßen.

Mindestens sollte die Stadt Rotenburg vor einer Entscheidung in einen Dialog mit den betroffenen Anliegern eintreten.

Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass es die Stadt Rotenburg a.d.Fulda in den vergangenen Jahrzehnten versäumt hat, im gebotenen Maße für die Straßenunterhaltung als Pflichtaufgabe Sorge zu tragen. Diese Versäumnisse dürfen nicht zu Lasten (Kosten) der Straßenanlieger gehen.

Wie hat sich doch Ministerpräsident Bouffier in einem Zitat geäußert:

„Wir betreiben keine Politik von oben herab, sondern wir wollen wissen, wie sich die Menschen in Hessen ihre Zukunft vorstellen“.

Die Menschen haben ihre Vorstellungen u.a. hinsichtlich der Straßenbeiträge kundgetan, aber passiert ist in Wiesbaden in dieser Richtung leider überhaupt nichts. Deshalb bitten wir die Stadtverordneten von Rotenburg, dass sie die Nöte der Straßenanlieger ernst nehmen und auch diesbezüglich im Sinne und zum Wohle der Bürger handeln.

Treffen Sie die richtige Entscheidung, damit auch in Zukunft gerade für junge Familien ein Zuzug nach Rotenburg a.d.Fulda weiterhin attraktiv bleibt, ansonsten droht eine Überalterung der Bevölkerung in unserer Stadt.

Vielleicht bringt die hessische Landtagswahl neue Mehrheitsverhältnisse, die das dann durchsetzen, was sie angekündigt haben, nämlich die Straßenausbaubeiträge gänzlich abzuschaffen.

Das wäre die einzig richtige Entscheidung, die allerdings in Wiesbaden getroffen werden muss.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Wagner
Schillerstraße
Sprecher

Klaus Esche
Grünbergstraße
Stellvertr. Sprecher

Lothar Conrad
Am Oberen Höberück
Stellvertr. Sprecher